

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/5797**

Schleswig-Holsteinischer-Landtag

Sozialausschuss

z. Hd. Katja Rathje-Hoffmann / Vorsitzende

per E-Mail: sozialausschuss@landtag.ltsh.de

Stellungnahme zum Antrag der Fraktionen von SPD, FDP und SSW

„Ambulante medizinische Versorgung in Schleswig-Holstein für die Zukunft sichern“
(Drucksache 20/3438(neu), 2. Fassung)

1. Einleitung und Einordnung

Als Geschäftsführerin eines kommunalen Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ) in Schleswig-Holstein begrüße ich den vorliegenden Antrag ausdrücklich. Er greift die zentralen Herausforderungen der ambulanten medizinischen Versorgung realistisch auf und benennt mit klaren Handlungsaufträgen an die Landesregierung strukturelle Ansatzpunkte.

Die Sicherstellung einer flächendeckenden, wohnortnahmen ambulanten Versorgung ist eine der zentralen Zukunftsfragen unseres Landes. Gerade Schleswig-Holstein mit seinem hohen Anteil ländlicher Räume, einer überdurchschnittlich alternden Bevölkerung und einer zunehmenden Zahl altersbedingt ausscheidender Ärztinnen und Ärzte steht vor einer Zäsur. Der Antrag erkennt zutreffend an, dass diese Herausforderung nicht allein durch Marktmechanismen oder individuelle Niederlassungsentscheidungen gelöst werden kann, sondern eine aktive gesundheitspolitische Steuerung und kommunale Verantwortung erforderlich ist.

2. Die Bedeutung kommunaler MVZ für die Versorgungssicherheit

Kommunale MVZ sind ein zentrales Instrument, um die ambulante Versorgung insbesondere in ländlichen und strukturschwächeren Regionen langfristig zu sichern. Aus der praktischen Erfahrung kann ich bestätigen, dass kommunale MVZ mehrere entscheidende Vorteile vereinen:

a) Stabilisierung der Versorgung in Regionen mit Nachfolgeproblemen

Die im Antrag benannte Problematik der fehlenden Praxisnachfolge ist tägliche Realität. Viele Haus- und Facharztpraxen finden trotz intensiver Bemühungen keine Nachfolgerinnen oder Nachfolger. Kommunale MVZ bieten hier eine verlässliche Struktur, da sie nicht vom individuellen Unternehmerrisiko einer Einzelperson abhängen. Sie ermöglichen es Kommunen, aktiv auf drohende Versorgungslücken zu reagieren und ärztliche Angebote gezielt dort zu etablieren, wo sie benötigt werden.

b) Attraktive Arbeitsmodelle für Ärztinnen und Ärzte

Der Antrag hebt zu Recht hervor, dass attraktive Arbeitsbedingungen ein entscheidender Faktor für die Gewinnung medizinischen Personals sind. Kommunale MVZ bieten:

- Angestelltenverhältnisse mit festen Gehältern
- Geregelte Arbeitszeiten und Teilzeitmodelle
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Entlastung von administrativen und wirtschaftlichen Risiken

Gerade jüngere Ärztinnen und Ärzte, aber auch Rückkehrerinnen und Rückkehrer oder Ärztinnen und Ärzte im späteren Berufsabschnitt entscheiden sich bewusst für diese Form der Tätigkeit. Kommunale MVZ sind damit ein wirksames Instrument gegen den Fachkräftemangel.

c) Versorgung aus einer Hand und sektorenübergreifende Ansätze

Kommunale MVZ ermöglichen eine enge Zusammenarbeit verschiedener Fachrichtungen sowie weiterer Gesundheitsberufe unter einem organisatorischen Dach. Sie sind prädestiniert für:

- Interdisziplinäre Versorgung
- Delegation ärztlicher Leistungen
- Integration von nichtärztlichen Gesundheitsberufen
- Verzahnung ambulanter, pflegerischer und sozialer Angebote

Damit setzen sie bereits heute um, was der Antrag als zukünftiges Ziel einer vernetzten, sektorenübergreifenden Versorgung beschreibt.

3. Bewertung der im Antrag geforderten Maßnahmen

Landesförderprogramm für kommunale MVZ

Die Forderung nach einem Landesförderprogramm für die Gründung und Erweiterung kommunaler MVZ ist aus meiner Sicht von zentraler Bedeutung. Kommunen tragen bei der Gründung und dem Betrieb eines MVZ ein erhebliches finanzielles und organisatorisches Risiko. Ohne gezielte Landesförderung sind viele Kommunen – insbesondere kleinere Gemeinden – nicht in der Lage, diese Aufgabe zu schultern.

Ein Förderprogramm würde:

- Investitionshürden senken
- Planungssicherheit schaffen
- Kommunale Initiative stärken
- Gleichwertige Lebensverhältnisse fördern

Es wäre ein klares Signal des Landes, dass kommunales Engagement in der Gesundheitsversorgung ausdrücklich gewollt ist.

Sektorenübergreifendes Versorgungskonzept

Die im Antrag geforderte Entwicklung eines sektorenübergreifenden Konzepts ist dringend notwendig. Besonders positiv ist, dass dabei nicht nur die ärztliche Ausbildung, sondern auch neue Berufsrollen, Delegation, Telemedizin und Digitalisierung einbezogen werden.

Kommunale MVZ sind ideale Reallabore für:

- den Einsatz von Physician Assistants und Community Health Nurses
- telemedizinische Angebote
- innovative Versorgungsmodelle in der Fläche

Sie können als Ankerpunkte in Gesundheitsregionen fungieren und neue Kooperationsformen praktisch erproben.

Stärkung der Weiterbildung und attraktiver Arbeitsmodelle

Die Stärkung der Weiterbildungsnetzwerke Allgemeinmedizin und Pädiatrie ist ein entscheidender Baustein. Kommunale MVZ können hier als verlässliche Weiterbildungspartner auftreten und jungen Ärztinnen und Ärzten frühzeitig eine Perspektive im ländlichen Raum bieten.

Auch die Forderung nach attraktiven Arbeitsmodellen findet in kommunalen MVZ bereits konkrete Umsetzung und sollte landespolitisch gezielt unterstützt werden.

4. Versorgungssicherungsfonds und Bedarfsplanung

Die Wiederaufnahme der Antragsbearbeitung im Versorgungssicherungsfonds sowie die Bereitstellung von 6 Millionen Euro sind aus Sicht der Praxis zwingend erforderlich. Verzögerungen bei Förderentscheidungen führen zu Unsicherheit und bremsen dringend benötigte Projekte aus.

Ebenso wichtig ist der im Antrag geforderte Dialog mit der KVSH, GKV und weiteren Verantwortlichen zur Anpassung der Bedarfsplanung. Kommunale MVZ erleben häufig, dass formale Bedarfzahlen nicht die tatsächliche Versorgungslage vor Ort widerspiegeln. Eine realitätsnahe, regionale und sektorenübergreifende Planung ist Voraussetzung für zielgerichtete Maßnahmen.

5. Schlussbemerkung

Der vorliegende Antrag setzt an den richtigen Stellen an und erkennt die zentrale Rolle kommunaler MVZ als Rückgrat einer zukunftsfähigen ambulanten Versorgung in Schleswig-Holstein an. Kommunale MVZ sind kein Nischenmodell, sondern ein unverzichtbarer Bestandteil der Daseinsvorsorge.

Ich appelliere daher ausdrücklich an den Schleswig-Holsteinischen Landtag und die Landesregierung, die im Antrag formulierten Forderungen konsequent umzusetzen und insbesondere die Kommunen als aktive Gestaltungspartner in der Gesundheitsversorgung zu stärken. Nur so kann es gelingen, auch in Zukunft eine wohnortnahe, qualitativ hochwertige und verlässliche ambulante medizinische Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein sicherzustellen.

Gez. Tanja Schwittay

Geschäftsführerin MVZ der Stadt Bad Bramstedt gGmbH

Bad Bramstedt, den 06.01.2026